

Eingang 04. Sep. 2013

02-1/4
Der Oberbürgermeister
Bürgeramt Innenstadt



Stadt Köln
Bürgeramt Innenstadt
- Anregungen und Beschwerden an Rat und Bezirksvertretungen -
Laurenzplatz 1-3
50667 Köln

Köln, 30.8.2013

>>> Reaktion auf Stellungnahme zur Eingabe vom 23.5.2013 Betr. : Car-Sharing-Parkplätze

Sehr geehrte Frau bzw. geehrter Herr Droske,

vielen Dank für ihre Stellungnahme zu meiner Eingabe vom 23.5.2013. Grundsätzlich stimme ich mit der Fachverwaltung überein, dass der Anteil des privaten PKW-Verkehrs und der damit notwendige Parkraum in der Innenstadt auf das geringste Maß reduziert werden sollte. In diesem Zusammenhang überstütze ich auch die Angebote der Car-Sharing Unternehmen, um die Zahl der privaten PKW bzw. die Anzahl von zu parkenden Fahrzeugen zu reduzieren – wie sie es auch in ihrer Stellungnahme beschreiben. In diesem Zusammenhang verstehe ich auch den Beschluss des Verkehrsausschuss, Car-Sharing Unternehmen Stellplätze in beschlossenen Rahmen zur Verfügung zu stellen.

Zu den von Ihnen vorgebrachten Ausführungen. Das Argument, dass Stellplätze auf der Neusser Straße für die Abwicklung des Kunden- und Lieferverkehrs benötigt werden, passt nicht mit der Intention privaten innenstädtischen Verkehr zu reduzieren zusammen. Die Behauptung, dass durch Car-Sharing Entlastungseffekte in der Summe der parkenden PKW eintreten, lässt sich doch genauso auf den Bereich auf die Neusser Straße beziehen. Weniger private PKW – mehr gemeinschaftlich genutzte PKW = weniger Autos: das heißt, auch auf der Neusser Straße wären weniger Stellplätze notwendig. Mir erscheint die gegebene Begründung vorgeschoben, da die Interessen des Einzelhandels höher als die der Bewohner angesehen werden. Für den Lieferverkehr in der Neusser Straßen sind bereits spezielle Zonen eingerichtet worden, daher kann auch hier keine Not bestehen.

Ich bin als Pendler auf ein privates Auto angewiesen und möchte trotzdem gerne in der Innenstadt von Köln leben. Das bedeutet für mich aber, dass ich auf einen Stellplatz für mein Auto angewiesen bin. Bereits jetzt werde ich für die eingeschränkte Nutzung von Parkraum durch einen Anwohnerparkausweis finanziell belastet. Durch den Beschluss des Verkehrsausschusses wird jetzt noch zusätzlicher Parkraum den Anwohnern weggenommen. Bei Verstößen der Nutzung des erlaubten Anwohnerparkbereichs (z.B. durch die Nutzung von Stellflächen im angrenzenden Parkbereich) werde ich zusätzlich zur Kasse in Form von Verwarn-

gelder gebeten. Dieser Sachverhalt hat mich trotz der Zustimmung zu den oben genannten Zielen im Bereich des Innenstadt-Verkehrs zu der Eingabe veranlasst. Da ich trotz meines persönlichen Beitrags zur Reduzierung des Verkehrs innerhalb Kölns – für alle privaten Fahrten innerhalb der Stadt nutze ich die öffentlichen Verkehrsmittel, mein Fahrrad oder gehe zu Fuß – auf ausreichend Parkraum in der Stadt angewiesen bin.

Jedoch hatte meine Eingabe nicht die Absicht über die Beschlüsse und die Kriterien des Verkehrsausschusses zur Vergabe von Stellflächen an Car-Sharing Unternehmen informiert zu werden. Viel mehr habe ich den Wunsch an die Verwaltung bzw. die politischen Verantwortungsträger die Eingaben der Bürger und Bürgerinnen aufzunehmen und in ihren Diskurs einzubinden bzw. zu berücksichtigen. In diesem Sinne wünsche ich mir, dass der Verkehrsausschuss die Auswirkungen und den tatsächlichen Nutzen der von ihnen beschriebenen Maßnahmen überprüft und ggf. neu diskutiert und abstimmt.

Ich bitte Sie meine Rückmeldung an den zuständigen Fachausschuss bzw. Gremium weiterzuleiten. Von Seiten der Verwaltung wünsche ich mir eine Reaktion, die aufzeigt, wie die Verwaltung bzw. die Politik mit der geschilderten Problematik umgehen will.